

1. Juni
2023

Wie der Staat die Preise aufbläht

Ein Policy Brief der



Agenda
Austria

Hohe Inflationsraten werden uns noch länger beschäftigen, das ist mittlerweile jedem klar. Energie wurde zuletzt zwar deutlich billiger, doch dafür steigen jetzt die Preise an fast jeder anderen Front. Österreich wird von der zweiten Teuerungswelle besonders stark getroffen. In dieser Arbeit gehen wir der Frage nach, warum das so ist und wie die hohen Teuerungsraten wieder in den Griff zu kriegen sind. Zudem werfen wir einen genaueren Blick darauf, welche Rolle die staatlichen Förderprogramme spielen. Der Verdacht, dass Österreich in diesem Punkt über das Ziel hinausgeschossen hat, liegt nahe.

Ein Sonderfall namens Österreich

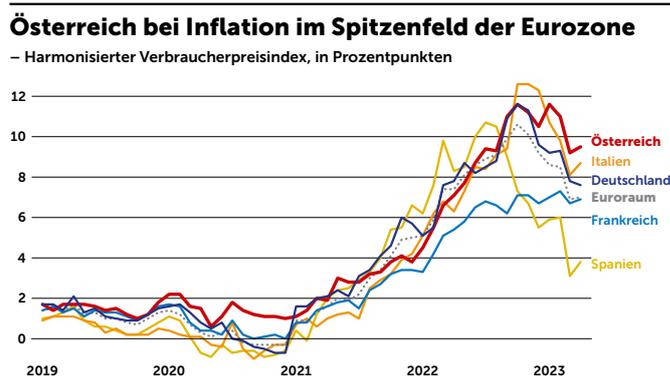
Beginnend mit dem Jahr 2021 haben die Inflationsraten weltweit deutlich an Fahrt aufgenommen und verzeichneten die stärksten Zuwächse seit mehreren Jahrzehnten. Das bedeutet auch: Seit fast zwei Jahren liegen die Inflationsraten in der Eurozone zum Teil recht deutlich über dem von der Europäischen Zentralbank (EZB) angepeilten Ziel von zwei Prozent (vgl. Abbildung 1). Selbst die EZB geht mittlerweile nicht mehr davon aus, dass die Teuerung vor 2025 wieder auf zwei Prozent zurückgehen wird.¹ Noch höher als in der Eurozone war die Inflation zuletzt in Österreich. In dieser Arbeit gehen wir der Frage auf den Grund, warum die Preise hierzulande deutlich stärker steigen als anderswo.

Österreichs Teuerung lag zunächst deutlich unter dem Schnitt der Eurozone, mittlerweile befindet sich die Inflationsrate aber im Spitzenfeld. Das liegt einerseits daran, dass der Staat kaum in die Preise eingreift. Dies hat den Vorteil, dass die Preise wirken und Anpassungen vorgenommen werden, die uns in Zukunft helfen werden. Der Nachteil hingegen ist, dass Einkommen und Ersparnisse schneller entwertet werden. Zudem kommt es, wenn die Lohnabschlüsse dann höher ausfallen als im Ausland, zu Wettbewerbsnachteilen für die heimische Wirtschaft. Andererseits ist die Inflation aber höher, als sie das auch ohne Preiseingriffe sein müsste. Es gibt so etwas wie einen „Österreich-Aufschlag“: Der Staat befeuert durch Staatsausgaben und überdimensionierte Hilfsprogramme die Preise zusätzlich. Die Arbeitskräfteknappheit, die durch den ungebrochenen Trend zur Teilzeit noch verstärkt wird, verteuert die Angebote in den für Österreich wichtigen arbeitsintensiven Branchen wie dem Dienstleistungssektor. In konkreten Zahlen: Unternehmensumfragen im Auftrag der EU-Kommis-

sion zufolge ist bei 35 Prozent der Dienstleister in Österreich die unternehmerische Tätigkeit eingeschränkt, weil sie nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung haben.² Die Rate der offenen Stellen in Relation zu den Beschäftigten im Dienstleistungssektor war zuletzt in keinem EU-Mitgliedstaat so hoch wie in Österreich.

Wenn man die in der Eurozone übliche Inflationsmessung – den sogenannten Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – heranzieht, kann man erkennen, dass in vielen Eurostaaten die Inflationswelle im Oktober 2022 ihren Höhepunkt erreicht hat. Mit einer Ausnahme: In Österreich wurde im Jänner 2023 eine zweite Spitze in Höhe von 11,6 Prozent verzeichnet. Während wir bis Mitte 2022 noch unter dem EU-Durchschnitt lagen, sind wir seit Ende des Jahres immer deutlich darüber. Auch das EU-weite erneute Ansteigen der Inflationsrate im April 2023 bietet Anlass zur Sorge.

Abb. 1: Inflationsraten in der EU



Quelle: Eurostat.



Nach der ersten Welle folgt die zweite

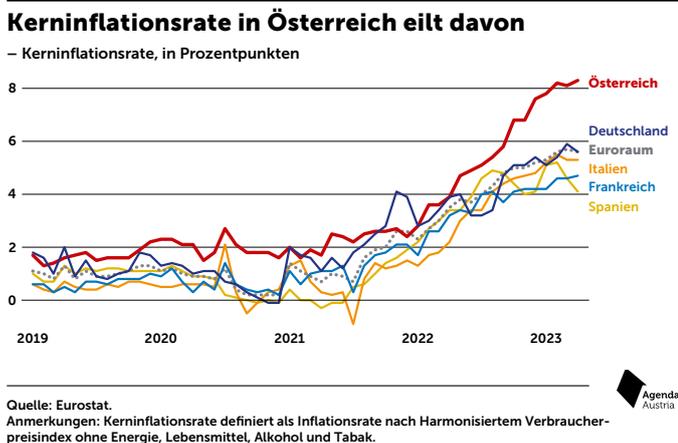
Wie lässt sich erklären, dass die Inflation nach einem kurzen Bremsmanöver nun erneut anzieht? Bis vor kurzem betrafen die größten Preissteigerungen den Energiebereich. Als Öl und Gas zu Jahresbeginn billiger wurden, sanken auch die Inflationsraten; die erste Welle hatte ihren Scheitelpunkt überschritten. Doch die hohen Energiepreise wirken nach. Egal ob im Stahlwerk oder beim Frisör: Alle benötigen Strom und Wärme. Die hohen Energiekosten übten Druck auf andere Wirtschaftsbereiche aus und stießen damit eine zweite Inflationswelle an. Diese ist viel breiter aufgestellt als die erste, da sie fast alle Produktgruppen und Dienstleistungen umfasst. Gut sichtbar ist dies in der

¹ European Central Bank (2022).

² Europäische Kommission, Business Surveys.

sogenannten Kerninflationsrate.³ Bei dieser Kennzahl werden Energie- und Lebensmittelpreise nicht einberechnet (vgl. Abbildung 2).

Abb. 2: Kerninflationsraten in der EU



Seit Beginn des Jahres 2022 zieht die Kerninflationsrate in der Eurozone deutlich an und hat noch keinen klar erkennbaren Höhepunkt erreicht. Österreich liegt hier sogar mit deutlichem Abstand an der Spitze. Im März 2023 betrug die Kerninflationsrate 8,0 Prozent – nach 8,2 Prozent im Februar. Die derzeit viel diskutierte Lebensmittelpreise steigen bei uns weniger stark als im Rest der Eurozone. Da ein Ende dieser Entwicklung noch nicht absehbar ist, lässt sich auch nicht sagen, wann der Scheitelpunkt der zweiten Inflationswelle erreicht sein wird.

Förderungen mit der Gießkanne vergrößern das Problem

Die österreichische Antwort auf die starke Teuerung unterschied sich deutlich von den Maßnahmen in anderen Ländern. Anders als in Spanien oder Frankreich verzichtete die Politik hierzulande erfreulicherweise fast gänzlich auf Preisdämpfung.⁴ Lediglich eine Strompreisbremse wurde eingeführt. Diese Zurückhaltung war richtig: Eingriffe in die Preisgestaltung mögen zwar die Inflationsraten drücken, kosten aber sehr viel Geld. Außerdem handelt es sich um reine Symptombekämpfung. Sobald der Preisdeckel fällt, werden wieder die wahren Kosten sichtbar. Auch Ungarn hat Preisbremsen eingeführt – dort lag die Inflationsrate in den vergangenen Monaten allerdings bei ca. 25 Prozent.

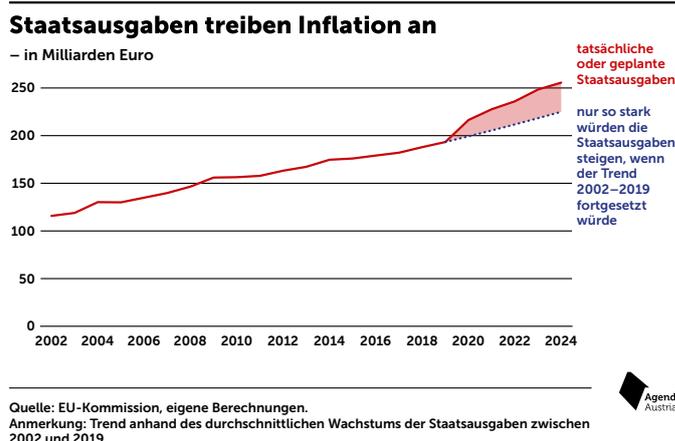
³ In der Kerninflationsrate sollen Teile der Inflation, die besonders stark schwanken, nicht berücksichtigt werden, um möglichst gut den Trend der Inflationsrate erfassen zu können.

⁴ Nähere Informationen zu preisdämpfenden Maßnahmen, die in anderen Ländern ergriffen wurden, finden sich in Göttert & Kluge (2023).

Länder ohne derartige Eingriffe können stattdessen bereits notwendige Anpassungen vornehmen – also beispielsweise damit beginnen, ihre Preise an die gestiegenen Produktionskosten anzugleichen, auf günstigere Alternativen umzusteigen oder in energiesparendere Produktionsprozesse zu investieren. Ohne Preisdruck fehlt jeglicher Anreiz, den Konsum zu senken. Der österreichische Ansatz bestand bekanntlich nicht darin, die Preise einzufrieren oder zu drücken, sondern die Bevölkerung finanziell zu unterstützen. Was an sich richtig klingt, wurde hierzulande leider viel zu beherzt umgesetzt. Es wurde so stark unterstützt, dass die gestiegenen Preise leistbar blieben und der Durchschnittsösterreicher seine Konsumausgaben nicht einschränken musste. Damit blieb die Nachfrage weiter zu hoch für das (zu) knappe Angebot.

Auch in normalen Zeiten gibt der Staat fast jedes Jahr immer mehr Geld aus. Mit der Corona-Krise sind die Ausgaben aber noch einmal deutlich stärker gestiegen. Das ist zwar nicht besonders überraschend, da der Staat in der Krise einspringen muss. Allerdings haben wir mittlerweile die Verluste durch Corona aufgeholt. Dennoch entwickeln wir uns immer weiter weg vom Ausgabenwachstum der Vorpandemiezeit und kehren nicht auf das Vorkrisenniveau zurück. Damit befeuert der Staat in Zeiten knappen Angebots klarerweise die Geldentwertung (vgl. Abbildung 3).

Abb. 3: Entwicklung der Staatsausgaben



Allein im Jahr 2022 gab der Staat 6,8 Milliarden Euro für Antiteuerungsmaßnahmen aus.⁵ Bis 2026 werden die Antiteuerungspakete dann kumuliert über 20 Milliarden Euro erreicht haben (vgl. Abbildung 4). Darin

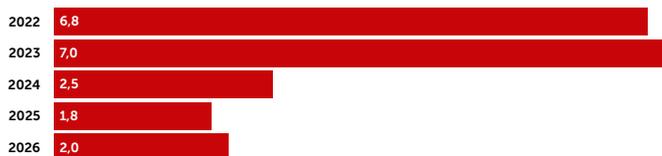
⁵ Fiskalrat (2022).

noch nicht enthalten sind die Kosten für den Energiekostenzuschuss II, die je nach Bedarf zusätzlich bis zu acht Milliarden Euro ausmachen könnten.

Abb. 4: Antiteuerungshilfen des österreichischen Staates

Staat gibt Milliarden an Antiteuerungshilfen aus

– jährliche budgetäre Belastung durch Antiteuerungsmaßnahmen, in Milliarden Euro



Quelle: Fiskalrat, eigene Berechnungen.
Anmerkungen: Im Gegensatz zum Fiskalrat interpretiert die Agenda Austria die Abschaffung der kalten Progression nicht als eine Antiteuerungsmaßnahme.



Direktzahlungen sind grundsätzlich die beste Lösung, um der Krise zu begegnen. Allerdings wurden die Maßnahmen in Österreich auch zu breit aufgestellt und erinnern an den Slogan der Corona-Hilfen: „Koste es, was es wolle“. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) empfahl, die Hilfen zielgerichteter zu leisten.⁶ Es ist nur mit politischen Motiven zu erklären, dass nicht ausschließlich die ärmsten Haushalte unterstützt werden, sondern die breite Masse bis hin zu den Spitzenverdienern für offensichtlich hilfsbedürftig erklärt wurde. Im Rahmen des Antiteuerungsbonus bekam beispielsweise jeder Erwachsene in Österreich pauschal 250 Euro in die Hand gedrückt – egal, ob Sozialhilfebezieher oder Topverdiener. Wenig verwunderlich stiegen die nominellen Haushaltseinkommen in den letzten Jahren in Österreich in Summe deutlich an – und zwar seit 2020 um 13,7 Prozent (vgl. Abbildung 5).

Abb. 5: Entwicklung der nominellen Haushaltseinkommen in Österreich

Haushaltseinkommen steigen deutlich an

– verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, in Milliarden Euro



Quelle: Statistik Austria.
Anmerkungen: Verbrauchskonzept, einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.



Richtig wäre, nur die Einkommen der schwächsten Haushalte zu stützen, damit diese weiterhin ihren Grundbedarf wie Ernährung, Wohnen und Heizen vollumfänglich decken können. Stattdessen erhöhten

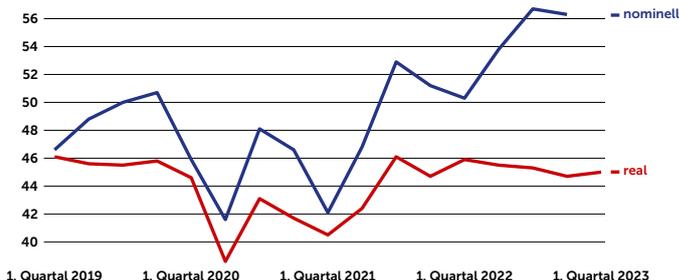
⁶ Arregui et al. (2022).

sich die Einkommen insgesamt so stark, dass die Österreicher im vierten Quartal 2022 um über fünf Milliarden Euro mehr ausgaben als noch ein Jahr zuvor – das sind 9,9 Prozent mehr (vgl. Abbildung 6). Korrigiert man diesen Wert um die gestiegenen Preise, ist der Konsum der Haushalte seit Beginn der Krise zwar gesunken. Allerdings nahm sogar dieser preisbereinigte Privatkonsum im ersten Quartal 2023 wieder leicht zu. Die Österreicher haben also trotz schnell steigender Preise sogar noch mehr eingekauft als noch zum Ende des Jahres 2022 – und nicht bloß mehr für ihre Einkäufe bezahlt. Dass die Hilfen weit über das sozialpolitische Ziel hinausgeschossen sind, sehen wir an den gut gefüllten Restaurants oder ausgebuchten Urlaubsfliegern. Ohne die staatlichen Leistungen wäre der preisbereinigte Privatkonsum deutlich stärker eingebrochen und hätte damit den Nachfragedruck gesenkt.

Abb. 6: Entwicklung des privaten Konsums in Österreich

Hilfsmaßnahmen stützen den privaten Konsum

– reale und nominelle Konsumausgaben der privaten Haushalte, in Milliarden Euro



Quelle: Statistik Austria, WIFO, eigene Berechnungen.
Anmerkungen: Der reale (inflationsbereinigte) Konsum ist saison- und arbeitstagebereinigt in Preisen von 2015. Der nominelle Konsum ist in Ursprungswerten. Abgebildet ist jeweils der Konsum der privaten Haushalte. Das erste Quartal des Jahres 2023 wurde mit der WIFO-Schnellschätzung der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck fortgeschrieben.



Die wichtigsten Zutaten der Inflation: Hohe Nachfrage, zu wenig Angebot

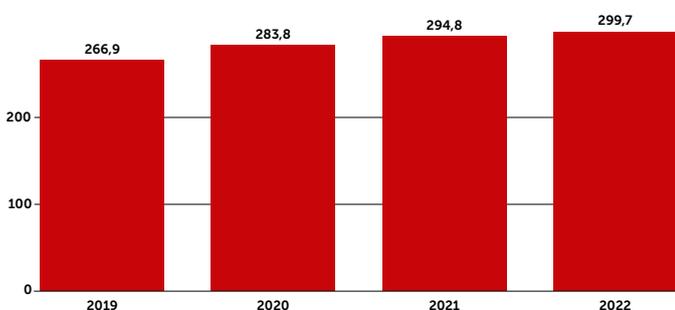
In normalen Zeiten wünscht sich die Politik steigende Nachfrage und einen florierenden privaten Konsum. Denn beides stärkt die Wirtschaft und sorgt für hohe Steuereinnahmen. Doch derzeit ist alles anders. Ein Rückgang des privaten und des öffentlichen Konsums wäre jetzt genau das Richtige. Natürlich nicht bei den Ärmsten; sie müssen unterstützt werden. Aber alle anderen sollten weniger Geld ausgeben, damit die Inflation wieder sinkt. Das mag zunächst paradox klingen, ist aber eigentlich recht einfach: Wir haben nur ein begrenztes Waren- und Dienstleistungsangebot zur Verfügung. Dieses Angebot wurde zusätzlich noch durch Corona, Lieferkettenprobleme, die hohe Zahl an Krankenständen, Arbeitskräftemangel usw. dauerhaft geschwächt. Gleichzeitig ist die zahlungskräf-

tige Nachfrage, wie sie sich im nominellen Konsum manifestiert, immer weiter gestiegen und wurde durch die Regierungsmaßnahmen zusätzlich angeheizt. Trotz Corona-Krise und explodierender Preise sind die Guthaben der Privathaushalte seit Jahren im Steigen begriffen, da der Staat bereits während der Corona-Krise die Einkommen der privaten Haushalte massiv stützte (vgl. Abbildung 7).⁷ Das verbindende Element ist der Preis bzw. dessen Veränderung, die Inflationsrate. Wenn das Angebot kaum wächst, die Nachfrage aber deutlich zunimmt, sind steigende Preise die logische Konsequenz.

Abb. 7: Entwicklung der Sichteinlagen von Privathaushalten

Einlagen der Privathaushalte steigen an

– Einlagen von Privathaushalten bei Banken, in Milliarden Euro



Quelle: OeNB, eigene Berechnungen.



Genau dieses Phänomen beobachten wir derzeit in Österreich. Damit ist die hohe Inflation durch teure Fördergießkannen zumindest teilweise hausgemacht. Die hohe Inflation hinterlässt auch beim Wirtschaftswachstum für das Jahr 2023 seine Spuren. Nach aktuellen Prognosen wird es heuer vermutlich kaum reales Wachstum geben.⁸ Die Preise dürften aber weiterhin kräftig anziehen; ein Rückgang der Inflationsrate auf unter acht Prozent scheint sehr unwahrscheinlich.

Eine solche Phase der wirtschaftlichen Stagnation bei gleichzeitig hoher Inflation wird als Stagflation bezeichnet. Es bleibt zu hoffen, dass Österreich schnell aus dieser Situation wieder herauskommt. Einer Stagflation ist schwer zu entkommen. Versucht der Staat mit höheren Ausgaben die Wirtschaft zu beleben, steigt die Inflation, erhöht die Zentralbank die Zinsen stark, um die Inflation in den Griff zu bekommen, wird die Wirtschaft weiter nach unten gedrückt.

⁷ Allerdings ist die während der Corona-Pandemie aufgebaute Überschussersparnis mittlerweile mehr als zur Gänze abgebaut.

⁸ Vgl. z. B. Scheiblecker (2023).

Geht es Österreich schlechter als anderen Ländern?

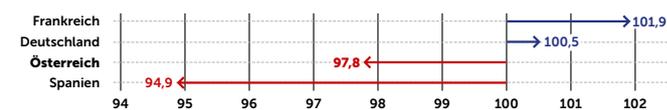
Häufig wird Österreich mit Spanien verglichen, das auf eine Preisbremse gesetzt hat. Dadurch gelang es, die Inflationsrate deutlich zu senken (vgl. Abbildung 1). Doch geht es den Menschen in Spanien finanziell wirklich besser? Antwort auf diese Frage gibt ein Blick auf das verfügbare Haushaltseinkommen. Korrigiert man dieses Haushaltseinkommen um die Inflationsrate, kann man sehen, ob sich die Menschen mehr oder weniger leisten können als vor der Krise. Die Österreicher hatten im Jahr 2022 um 2,2 Prozent weniger Kaufkraft als 2019, wenn um die Inflationsrate korrigiert wird. In Spanien waren es sogar 5,1 Prozent weniger. Deutschland und Frankreich dagegen verzeichneten Zuwächse (vgl. Abbildung 8).

Auch eine temporäre Mehrwertsteuersenkung auf Lebensmittel wie in Spanien wird derzeit diskutiert. Unklar ist aber, in welchem Ausmaß die Supermärkte diese Steuersenkung weitergeben würden. Und das ist nicht die einzige Schwierigkeit: Wenn die Aussetzung irgendwann endet, werden die Preise sprunghaft nach oben gehen. Dieses Phänomen war zu beobachten, als während der Corona-Pandemie die Mehrwertsteuer auf touristische Dienstleistungen ausgesetzt wurde.⁹ Eine Senkung der Lebensmittel-Mehrwertsteuer auf sieben Prozent im Jahr 2023 hätte 500 Millionen Euro gekostet, eine auf fünf Prozent 800 Millionen Euro. Darüber hinaus wäre diese Maßnahme sozial nicht treffsicher, weil ja Bürger sämtlicher Einkommensklassen davon profitieren würden. Die Einführung eines zusätzlichen Mehrwertsteuersatzes würde außerdem wohl gegen EU-Recht verstoßen.

Abb. 8: Entwicklung der realen Haushaltseinkommen

Entwicklung der realen Haushaltseinkommen

– preisbereinigtes verfügbares Haushaltseinkommen pro Kopf 2022, Indexwerte (2019 = 100)



Quelle: OECD, eigene Berechnungen.



⁹ Vgl. z. B. Loretz & Fritz (2021).

Handlungsempfehlungen

Die EZB muss die Zinsen weiter anheben: Leitzinserhöhungen als klassisches Instrument sind weiterhin das Gebot der Stunde, um die Inflation in den Griff zu bekommen. Dadurch werden Kreditaufnahmen für Unternehmen teurer, weshalb diese weniger investieren. Die Wirtschaft kühlt ab und die Unternehmen können ihre Preise nicht mehr so schnell erhöhen. In den USA ist die Wirkung rasch implementierter Zinserhöhungen auf die Inflationsrate bereits zu sehen.

— **Keine Förderung per Gießkanne:** Die staatlichen Geldgeschenke stützen die Nachfrage in Österreich zu stark. Durch diese Fiskalpolitik wird die Geldpolitik der EZB konterkariert, wie die EZB bereits anmerkte.¹⁰ In Zukunft sollte nur armen Haushalten geholfen werden.

— **Staatliche Ausgaben einbremsen:** Der Staat heizt nicht nur über immer neue Förderungen, sondern auch durch seine öffentlichen Konsumausgaben die Inflation stets weiter an. Eine Ausgabenbremse kann dabei helfen, dem Einhalt zu gebieten. Vorbild könnte hier Schweden sein: Dort gibt es seit 2010 für den Bund und das Pensionsystem ein Überschussziel von einem Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Weil diese Vorgabe für den Zeitraum eines ganzen Konjunkturzyklus gilt, ist das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig. Begleitet wird die Regel von einer Ausgabenbeschränkung. Hierbei wird im Parlament das Budget für mindestens drei Jahre unter der Prämisse des Überschussziels beschlossen.

— **Keine Symptombekämpfung:** Die bereits installierte Strompreislösung muss die einzige Maßnahme dieser Art in Österreich bleiben. Ähnliche Fehler dürfen sich nicht wiederholen. Die Inflation muss durch Geldpolitik an der Wurzel bekämpft und nicht durch Preisbremsen verdeckt werden. Denn solche Eingriffe sind nicht nur teuer und sozial wenig treffsicher. Sie verzerren auch noch den Markt.

— **Staatliche Preise einfrieren oder senken:** Für rund acht Prozent des österreichischen Warenkorb ist der Staat direkt zuständig. Das betrifft beispielsweise Gebühren für Müll oder Kanal. Diese Preise sollte der Staat jetzt einfrieren oder sogar etwas absenken. Dadurch kann die Politik einen Beitrag leisten, um die Inflation zu senken. Das Gleiche gilt für die Mieten in Gemeindewohnungen.

— **Moderate Lohnpolitik:** Die Jobsicherheit im öffentlichen Dienst ist besonders hoch. In einer Ausnahmesituation sollte die Politik eine Vorbildfunktion einnehmen und ihre direkten Angestellten nicht besserstellen als andere Arbeitnehmer. So wäre es kontraproduktiv und nicht verständlich, wenn die Lohnabschlüsse der bestens geschützten Beschäftigten im öffentlichen Dienst heuer zu den höchsten des Landes zählen würden.

— **Entlastung des Arbeitsmarktes:** Der demografische Wandel wird die Knappheit und damit den Preis der Arbeit weiter hoch halten. Wollen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten, müssen wir auf qualifizierte Zuwanderung setzen und selbst länger arbeiten. Das betrifft sowohl das Wochenstundenausmaß als auch die Dauer des Erwerbslebens. Dafür ist Vollzeitarbeit durch eine Veränderung der Einkommensbesteuerung sowie einen Vollzeitbonus steuerlich attraktiver zu gestalten. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter sollte jedes Jahr um zwei Monate bis auf 67 Jahre steigen und anschließend an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Daran führt kein Weg vorbei.

¹⁰ Bankowski et al. (2023).

Literatur:

- Arregui, N., Celasun, O., Iakova, D. M., Mineshima, A., Mylonas, V., Toscani, F. G., Wong, Y. C., Zeng, L., Zhou, J. (2022).** Targeted, Implementable, and Practical Energy Relief Measures for Households in Europe. IMF Working Paper 2022/262. Online verfügbar unter: <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2022/12/17/Targeted-Implementable-and-Practical-Energy-Relief-Measures-for-Households-in-Europe-526980> (abgerufen am 23.05.2023).
- Bankowski, K., Bouabdallah, O., Checherita-Westphal, C., Freier, M., Jacquinot, P., Muggenthaler, P. (2023).** Fiscal policy and high inflation. Economic Bulletin, 2. Online verfügbar unter: https://www.ecb.europa.eu/pub/economic-bulletin/articles/2023/html/ecb.ebart202302_01~2bd46eff8fen.html (abgerufen am 23.05.2023).
- European Central Bank (2023).** Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area. 03/2023. Online verfügbar unter: https://www.ecb.europa.eu/pub/projections/html/ecb.projections202303_ecbstaff~77c0227058.en.html (abgerufen am 23.05.2023).
- Fiskalrat (2022).** Bericht über die öffentlichen Finanzen 2021-2026. Online verfügbar unter: <https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:548c221c-2807-4687-8fac-dfc-596c0187a/Jahresbericht-2022.pdf> (abgerufen am 23.05.2023).
- Götttert, M., Kluge, J. (2023).** Lagen wir falsch? Geht es den Spaniern in der Krise besser als uns? Agenda Austria, Wien. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/lagen-wir-falsch-geht-es-den-spaniern-in-der-krise-besser-als-uns/> (abgerufen am 23.05.2023).
- Loretz, S., Fritz, O. (2021).** Wirkungen der im Zuge der COVID-19-Krise reduzierten Mehrwertsteuersätze – Erfahrungswerte aus rezenten Reformen. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien. Online verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=67258&mime_type=application/pdf (abgerufen am 23.05.2023).
- Scheiblecker, M. (2023).** Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien. Online verfügbar unter: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=70711&mime_type=application/pdf (abgerufen am 23.05.2023).

Herausgegeben von der Denkfabrik

www.agenda-austria.at

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

AutorenDr. Marcell Götttert
Mag. Hanno Lorenz**Begutachtung**

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Lektorat

MMag.a Judith Kreiner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

**Agenda Austria
Türkenstraße 25/1/10
1090 Wien
Austria**

**T +43 1 361 99 61-0
office@agenda-austria.at**

agenda-austria.at